Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/237
23.08.2006

Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

15. Sitzung (öffentlich)

23. August 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 1

1 Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen – Erster Zwischenbericht zu Verwaltungsstrukturreform, Bürokratieabbau und Binnenmodernisierung

Vorlagen 14/517 und 14/576 1

- Diskussion 1
- Ergebnis 17

2 Gesetz zur Befreiung von kommunalbelastenden landesrechtlichen Standards für das Land Nordrhein-Westfalen (Standardbefreiungsgesetz NRW – StaBefrG NRW

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1860

Vorlagen 14/517, 14/518, 14/519 17

- Diskussion 17
- Ergebnis 19

3 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreuegesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1859 19

- Ergebnis: *Zustimmung* 20

4 Kirchengebäude erhalten statt abreißen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1108

Stellungnahme 14/404 20

- Diskussion 20
- Ergebnis: *Ablehnung* 20

5 Familienzentren sollen zu Orten für Kinder und Familien werden

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/471 – Neudruck

Stellungnahme 14/468
Ausschussprotokoll 14/215

In Verbindung damit:

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1991 21

- Diskussion 21
- Ergebnis: *Zustimmung* 21

6 Lärmschutz als Gesundheitsvorsorge

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1991

In Verbindung damit:

7 Umfassende Luftreinhaltung NRW – Die Landesregierung muss sich dieser Herausforderung für Umwelt und Gesundheit stellen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/1992 21

- Diskussion 21
- Ergebnis: *Ablehnung* 22

8 Gesetz zur Entbürokratisierung der Beitreibung von Gebühren- und Auslagenrückständen bei der Zulassung von Fahrzeugen des Landes Nordrhein-Westfalen (Beitreibungserleichterungsgesetz/Kfz-Zulassung – BEG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2080

Stellungnahmen 14/528 und 14/545 23

- Ergebnis: *Zustimmung* 23

9 Konzept zur Optimierung des Landesbetriebes Straßenbau

Bericht des Innenministeriums

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 23

- Diskussion 23

* * *

8 Gesetz zur Entbürokratisierung der Beitreibung von Gebühren- und Auslagenrückständen bei der Zulassung von Fahrzeugen des Landes Nordrhein-Westfalen (Beitreibungserleichterungsgesetz/Kfz-Zulassung – BEG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2080

Stellungnahmen 14/528 und 14/545

Vorsitzender Edgar Moron schickt voraus, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei am 21. Juni 2006 federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss und mitberatend an den AKV überwiesen worden. Der HFA beabsichtige, morgen abzustimmen und warte auf das Votum.

Ohne Debatte stimmt der **Ausschuss** dem Gesetzentwurf mit den stimmen aller Fraktionen zu.

9 Konzept zur Optimierung des Landesbetriebes Straßenbau

Bericht des Innenministeriums

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Horst Becker (GRÜNE) erläutert, wenn man den Bericht der Steuerungsgruppe des Landesbetriebes lese und dann zur Kenntnis nehme, wie die Entscheidung über die Standorte gefallen sei – siehe TOP 1 –, gebe es völlig unterschiedliche Einschätzungen zu der Frage, ob das wirtschaftlich, sozialverträglich und sozusagen in den inneren Abläufen vernünftig geregelt sei, dass man jetzt eben diese Standorte gewählt habe.

Insgesamt sei unbestritten, dass man Niederlassungen zusammenlegen könne, aber es sei sehr wohl zu bestreiten, dass man die Niederlassungen im ländlichen Raum, etwa in Gummersbach, halte und im städtischen Raum, etwa aus dem Bereich Köln/Bonn, perspektivisch auflöse und in den ländlichen Raum verlagere. Die gesamten Maßnahmen lägen aber nach wie vor in der Rheinschiene und müssten nun von Gummersbach aus betreut werden, und das durchaus mit zusätzlichem Aufwand, weil die Leute teilweise vor Ort sein sollten. All das führe zu erheblichen Problemen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere bei den Halbtagskräften, und beeinflusse auch die Wirtschaftlichkeit. Die Standortentscheidung sei an der Stelle eine sehr eine fragwürdige Geschichte.

MDgt Waltraud Flocke (MBV) macht zunächst auf folgende Aspekte aufmerksam: Die Diskussion unter dem Tagesordnungspunkt 1 habe im Grunde nur diesen Aspekt